

Krzysztof Ruchniewicz / Wrocław

**Das politische Konzept Europas im Angesicht der europäischen Krise. Hat das Weimarer Dreieck noch eine Zukunft?**

Sehr geehrter Herr Generalkonsul der Französischen Republik,

Sehr geehrter Herr Konsul der Republik Polen,

Sehr geehrter Herr Golombek,

Sehr geehrte, liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Internationalen Sommerschule „Das Weimarer Dreieck und das politische Projekt Europa angesichts der Euro-Krise“

Liebe Frau Dr. Jakubowska, lieber Herr Kollege Aust

Sehr geehrte Damen und Herren,

Im Titel meines Vortrages wird die Frage gestellt, ob das Weimarer Dreieck noch eine Zukunft hat. Wenn man den Stimmen vieler Kommentatoren und den Äußerungen von zentralen Figuren der öffentlichen Meinung sowie von Politikern folgt, kann man eine andere Frage wagen, in deren Hintergrund noch unheilvollere Töne anklingen: Hat die Europäische Union eine Zukunft? Diese noch vor kurzem kaum denkbare Frage scheint in den letzten Wochen und Monaten hie und da in unterschiedlichen Äußerungen und Diskussionen durch. Auch wenn darauf eine positive Antwort gegeben wird, ist die Tatsache, dass sie überhaupt gestellt wird, ein unangenehmes und deutliches Zeichen für den kritischen Moment, in dem wir uns befinden. Die Euroskepsis ist ansteckend geworden. Die Ursachen für die Krisensituation, in der sich

die EU-Länder zusammen mit Millionen ihrer Bürger wiederfinden, sind einerseits kompliziert und verwickelt, andererseits scheinen sie simpel und augenfällig zu sein, sodass die europäische Öffentlichkeit ihnen rat- und sprachlos gegenübersteht. Es kommen dabei Enttäuschungen und Frustrationen sowie unterschiedliche Abwehrreflexe zum Vorschein. Herkömmliche Sichtweisen auf das vereinigte Europa, auf die Unterschiede, die in seinem Innern zutage treten, geben keine simple Antwort auf die Ursachen dieser Krise. Zur Überraschung von vielen zeigt sich die Schwäche nicht in erster Linie infolge der letzten Erweiterungsrunde, wie es einige Skeptiker prophezeit hatten. Die Pest, im metaphorischen Sinne, brach nicht bei den ärmeren und weniger in Demokratie geübten Verwandten aus Ostmitteleuropa und Südosteuropa aus. Sie machte sich fast im Herzen der Europäischen Union, in der Euro-Zone und unter den Staaten, die seit einigen Dekaden zum „Klub“ gehörten, bemerkbar. Bricht vor unseren Augen das stolze „Projekt Europa“ zusammen? Wenn ja, warum eigentlich? Sind die Wurzeln seiner Schwäche oberflächlich und neueren Datums, und somit schnell zu behandeln? Oder stecken sie tief in seinem Anfang und wuchsen mit dem Organismus der Union zusammen? Noch vor wenigen Jahren schien es, als ob die Integration eine historische Errungenschaft und ein tolles Modell für die Welt insgesamt mit einem starken Fundament darstelle, dass die Richtung seiner Entwicklung längst entschieden wurde. Wenn man die Bemühungen der Europapolitiker beobachtet, kann man als Bürger den unangenehmen Eindruck haben, dass diese die Situation selber nicht verstehen und nicht wissen, was die Gemeinschaft und die Einheit Europas ist (und werden soll). Es kam zu einer Art Situation der Prüfung, der die Gemeinschaftsinstitutionen und die einzelnen Mitglieder unseres Klubs ausgesetzt wurden. Wozu brauchen wir noch Europa, könnte man fragen.

Ich hoffe, dass jede in diesem Saal versammelte Person in diesem Moment unterschiedliche Gründe nennen kann, für die Europa als Gemeinschaft nützlich, gar unerlässlich erscheint: Frieden, stabile Entwicklung, Festigung der Demokratie, Bürgerrechte, Freiheit der Bewegung und der Aktivitäten, die Möglichkeit zur positiven Beeinflussung der Lage in der Welt, der „europäische Lebensstil“ verbunden mit sozialer Sicherheit udgl. Damit assoziieren wir die Integration, das haben wir von ihr erwartet, das würden wir von ihr auch in der Zukunft gerne haben. Eben das vereinigte Europa sollte den Mitgliedsstaaten und ihren Bürgern diese Werte als Ausgleich für den Verzicht auf einen Teil der Souveränität, auf die Durchsetzung eigener Interessen durch die Stärkeren, als Ausgleich für den langwierigen und ineffektiven Prozess zur Erreichung eines Konsenses oder für das Sich-Unterordnung unter von der Gemeinschaft beschlossene Lösungen garantieren. Leider werden die letztgenannten immer öfter „Brüsseler Diktat“, und nicht eine auf gemeinsamer und freiwilliger Basis getroffene Entscheidung genannt.

Das hat uns alles Europa gegeben. Ein Kontinent, der von zwei Kriegen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts tief betroffen, zerstört und geteilt wurde. Am Anfang des neuen Jahrhunderts erfreute er sich seines Wohlstandes, Friedens und Prestiges. Das war ein Ergebnis der Integration. Und nun diese Katastrophe! Stellen wir noch eine zusätzliche Frage: kam sie tatsächlich so unerwartet über uns? Vielleicht waren die Anzeichen der Schwäche, die Vorboten der Krise, schon früher präsent? In der Tat handelt es sich hier nicht nur um die wirtschaftliche Depression, von deren Folgen nicht allein Europa betroffen ist. Keiner zweifelt mehr daran, dass es sich nicht nur um einen

wirtschaftlichen Zusammenbruch, um die Schwäche der Banksysteme oder die Schuldenpyramiden der Staatshaushalte handelt. Dies sind sicherlich sehr wichtige Probleme. Sie haben teils einen europäischen, teils einen weltweiten Charakter. Bei ihrem schmerzhaften Auftreten kamen im europäischen Organismus noch anderen Schwächen hinzu. Eine Unzahl von Analytikern, Kommentatoren, Politikern und Intellektuellen hat in den letzten Monaten diese Probleme vielfach auseinandergenommen und ausführlich diskutiert. Eine detaillierte Präsentation dieser unzähligen Meinungen, das Zitieren der meisten typischen spektakulären Diagnosen würde den Rahmen dieses Vortrages sprengen. Ohne auf die Einzelheiten einzugehen, muss man betonen, dass in ihnen Pessimismus vorherrscht, oft sogar fehlender Glaube daran, dass man sich wieder aufrappelt, an die Renaissance einer lebendigen Integration. An dieser Stelle möchte ich eine Äußerung zur Sprache bringen, die in Polen in den letzten Wochen eine gewisse Resonanz hatte und eine Minidebatte auslöste. Es handelt sich um einen Aufsatz, den drei deutsche Autoren, Jürgen Habermas, Julian Nida-Rümelin und Peter Bofinger unter dem Titel „Einspruch gegen die Fassadendemokratie“ verfasst haben (übrigens hat die „Gazeta Wyborcza“ dem Ganzen einen etwas provokanteren Titel gegeben: „Wir sollten Europa nicht aus der Geschichte verbannen“). Die drei Autoren präsentierten einen schmerzlichen Überblick über die europäischen Fragen und beschrieben sie auf eine klare und dezidierte Weise. Da die Ausführungen der drei Autoren sowohl in Bezug auf die Diagnose als auch in Bezug auf mögliche Lösungsansätze lakonischen Charakter hatten, sprachen sie viele Leser an. Es überzeugte sie, dass die Situation sehr ernst ist und es keine Zeit für verschleierte und komplizierte Monologe gibt. Nachfolgend möchte ich zwei Sätze aus diesem Text zitieren: „Die Euro-Krise spiegelt das Versagen einer

perspektivlosen Politik wider“ und der zweite und gleichzeitig letzte Satz im ganzen Text „Der Verzicht auf die europäische Einigung wäre auch ein Abschied von der Weltgeschichte“.

Zunächst möchte ich mich mit dem ersten Satz näher beschäftigen. Was bedeutet er? Die Autoren werfen den europäischen Politiker nichts Geringeres als große Kurzsichtigkeit vor, ja, sie machen deutlich, dass sie (diese Politiker) den Namen „Führer Europas“ nicht verdienen, weil doch Europa die Zukunft, eine Herausforderung und ein Ziel darstelle, nach dem wir streben sollten. Habermas, Nida-Rümelin und Bofinger kritisieren die bisherigen Integrationsanstrengungen, weil sie mehr auf die Gegenwart, Nahziele und eine Befriedigung der laufenden Bedürfnisse ausgerichtet waren als auf das Bewältigen der großen Herausforderungen und Anforderungen unserer Zeit, aber auch entfernterer Jahrzehnte. „Der Politik fehlt die schöpferische Kraft“, donnern die Autoren. Zweifelsohne besaßen die Gründungsväter der europäischen Einigung dieses kreative Potenzial und die dazu notwendige Vorstellungskraft. Allerdings fehlte später, als man das Projekt weiter entwickeln sogar radikal reformieren musste, ihren Nachfolgern dieses Schaffenskraft und der dazu notwendige Mut. Sie konzentrierten sich auf das, was am leichtesten zu erreichen schien: die Wirtschaftsintegration und die Gewinnung der Gesellschaften für die Belange der Gemeinschaft auf der Basis der Zunahme des Wohlstandes und der Stabilität. Der Weg zur politischen Integration besaß keine Priorität mehr. Der Widerstand, der im Falle der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (später der Politischen Gemeinschaft) Anfang der 1950er Jahre ausbrach (wer erinnert sich heute noch an diese frühen Integrationsversuche?), hatte zur Folge, dass das Ziel der politischen Integration außen vor blieb. Das bedeutet nicht, dass jegliche

Versuche in diese Richtung aufgegeben wurden, aber die Hoffnungen setzte man vor allen auf die allmähliche Anpassung der politischen Standpunkte unter dem Einfluss des Zusammenwachsens der Ökonomien und der Öffnung der Gesellschaften. Und so entstand die Europäische Union als eine wichtige wirtschaftliche Einheit und ein großer gemeinsamer Markt, aber auch als ein „politisch Stummer“ in der Welt und zum großen Teil auch innerhalb Europas. Die Aufgabe der Politiker und der Politik war seitdem die Entfernung aller Barrieren vor dem europäischen Zug, an den allmählich immer neue Waggons angekoppelt wurden. Die Politik verlor jedoch den Einfluss und die Rolle des Agierenden, des ersten Spielers. Diese Rolle besetzten stattdessen die „Märkte“. Da die Staaten die Attribute der nationalen Politik weiterhin in ihren Händen hielten, schien es, dass sie nach wie vor die Subjekte sind. Selbstverständlich ist das keine europäische Eigenschaft. Unser Pech bestand darin, dass die ganze globalisierte Weltwirtschaft eine solche Gestalt angenommen hat. Als diese komplizierten und virtuellen „Märkte“ jedoch zusammenbrachen, und viele Wirtschaftsfachleuten zweifelten an der Fähigkeit des Kapitalismus zur Selbstregulierung, fanden sich die Politiker in der ersten Reihe wieder. In den Augen der eigenen enttäuschten Bürger oder der von guten Ratschlägen sprudelnden Kommentatoren stehen sie heute hilf- und erfolglos da. „Die Tatsache, dass sich die Krise in den Jahren kopflos inkrementalistischer Behandlungsversuche nur verschärft hat, macht den Mangel an politischer Gestaltungskraft offensichtlich“ – wettern die drei deutschen Autoren. Mit ihrem Urteil der bisherigen Rettungsversuche in der Euro-Zone kann man übereinstimmen oder auch nicht. Man kann jedoch auf ihre Forderung nach weiterer Integration, die sie nicht in der erneuten Einschränkung der Souveränität, sondern im Gegenteil in der Wiedergewinnung der Souveränität durch die Bürger der Union suchen,

nicht schweigen oder mit den Achseln zucken. Das Gefühl der Souveränität bedeutet nicht nur die Möglichkeit, Entscheidungen zu treffen, es schafft darüber hinaus den Sinn für Verantwortung und das Engagement für eine Sache. Viele Analytiker weisen bei der Beschreibung der Beziehungen zwischen den Unionsinstitutionen und den Bürgern auf das Gefühl der Entfremdung, Distanz und der Fremdheit hin. Dieses Verhältnis steckt z.B. auch in der von mir vorhin erwähnten Bezeichnung „Brüsseler Diktat“ – ein Diktat, also etwas Aufgezwungenes, Erpresstes, überhaupt Ungewolltes. Brüssel wird hier beinahe als Hauptstadt einer mächtigen und fremden Macht, und nicht als Zentrum des Gemeinschaftslebens der heutigen Europäer gesehen.

Die Wahlen zum Europaparlament wecken keine großen Emotionen und ein EU-Parlamentarier wird für weniger wichtig als der Träger eines Mandats für das nationale Parlament gehalten. Die europäische Integration erwies sich also in zu geringem Maße als Integration der Bürger, der Durchschnittseuropäer. Ich fühle mich nicht imstande, mit dieser Feststellung zu polemisieren oder sie zu bestätigen. Aus der Perspektive des Bürgers eines Staates, der erst vor acht Jahren der EU beigetreten ist und zudem kein Mitglied der Euro-Zone ist, kann diese Feststellung beunruhigend klingen. Warum zeigen die Bürger der Gründerstaaten so wenige proeuropäische Gefühle? Ist es die Folge der heutigen Wirtschaftsprobleme, der Angst vor Zukunft der eigenen Familien oder eines tatsächlichen Mangels an Identitätsgefühl, Solidarität und europäischem Bürgersinn? Es ist auch eine Frage nach der Bildung und Erziehung der Bürger des vereinigten Europas. Ohne diesen Gedanken weiter zu vertiefen, möchte ich nur das polnische Beispiel in Erinnerung rufen. Vor unserem Beitritt wurden vielen Anstrengungen in Richtung einer proeuropäischen Erziehung unternommen. Es wurden an

den Schulen spezielle Lehrangebote gemacht (die sog. europäische Ausbildung), neue Schulbücher samt unterschiedlichen Schulmaterialien wurden veröffentlicht. Es wurde viel über die Grundlagen der europäischen Einheit und die Tätigkeit der europäischen Institutionen geredet. Nach dem EU-Beitritt Polens nahmen diese Aktivitäten allmählich ab. Der Test wurde bestanden, das Beitrittsreferendum 2003 ist gut ausgefallen. Die Bürger haben das Examen bestanden, vor uns sind nun wichtigere Aufgaben zu erledigen. Die europäische Politik wird vor allem als Wettstreit um das, was einem zusteht, als Ringen um nationale Interessen und Brüssel als ein Ort, an dem man etwas bekommt, und des Kampfes um „unsere polnischen Bedürfnisse“ präsentiert. Auf die große Anstrengung, die mit der Vorbereitung zum EU-Beitritt zusammenhing, folgte in der polnischen Debatte über europäische Fragen eine Funkstille, die manchmal von einem wenig klugen Spruch wie z.B. „Nizza oder der Tod“ unterbrochen wurde. Ein solches Verständnis der europäischen Probleme, der Dilemmas und Bedürfnisse stellt auf keinen Fall eine ernsthafte Teilnahme an der Diskussion dar und bringt auch keine wichtige Stimme in die schwierige Debatte ein. Es scheint, dass die Zeit eines simplen Konsumierens der Profite nach dem EU-Beitritt zu Ende geht und in Polen die Stimmen immer lauter werden, die zur Diskussion aufrufen und sogar mit konkreten Lösungsvorschlägen verbunden sind. Zu ihnen gehören die Auftritte des polnischen Außenministers Radek Sikorski, der zuletzt Ende August 2012 zur Verstärkung der europäischen Institutionen und zur Vertiefung der Integration aufrief, obschon er die Ideen radikaler Veränderungen, vor allem einer Aufteilung der Union, sehr vorsichtig behandelte. „Eine Krise ist kein guter Hintergrund für einen neuen Pakt [...]. Am besten wird es sein, wenn man sicherstellt, dass die EU-Institutionen stark bleiben. [...] Wir besitzen ausreichend



viele Institutionen. Es ist die Zeit gekommen, sie wirksam zu nutzen“. Der Außenminister kündigte die Unterstützung Polens für die Schaffung einer tatsächlichen politischen Union an, die nach dem Prinzip des Gleichgewichts zwischen den großen und kleinen Staaten handeln sollte. Ein weiteres Mal forderte er Deutschland dazu auf, die Rolle eines europäischen Leaders zu übernehmen. Er sicherte die polnische Unterstützung für die Maßnahmen Berlins zur Genesung Europas zu. Man sollte hier auch die Rede des polnischen Ministerpräsidenten Donald Tusk im Europaparlament im Jahre 2011 nicht unerwähnt lassen. Sie wurde als klar proeuropäisch und trotz allgemeiner bedrückender Stimmung als optimistisch empfunden. Polen möchte bei der Genesung der EU aktiv mitwirken. Welche Szenarien verfolgt es dabei?

Die Krise, die z.Zt. in Europa herrscht, kann – wie die Analytiker meinen – drei Szenarien über das weitere Schicksal des „Projektes Europa“ bringen:

- seine Niederlage und Katastrophe, deren Folgen wir nicht beurteilen können und an derer wir uns nicht beteiligen wollen;
- wenig fruchtbare und wenig lohnende Versuche, den status quo zu erhalten (die Politik der „kleinen Schritte“) und schließlich
- die Planung einer neuen grundlegenden Reform und in ihrer Folge weitere Integration. Es entsteht dabei die Frage, ob sie alle Mitglieder des „Klubs“ betreffen sollte.

In diesem Zusammenhang möchte ich die Meinung von einem scharfsinnigen Kommentatoren der europäischen Fragen, Aleksander Smolar, zitieren: „Gewisse Elemente der politischen Integration sind unvermeidbar. Wenn das nicht eintritt, wäre die Niederlage-Szenario

sehr wahrscheinlich“. Der Politologe erinnert an die Konzeption der konzentrischen Integrationskreise mit dem „harten Kern“ des Prozesses. De facto ist das eine Konzeption „Europas von unterschiedlichen Geschwindigkeiten“. Polen seiner Meinung nach sollte diesem „harten Kern“ beitreten und eine gewisse Reorganisation der EU ist notwendig. Zu ihrer Grundlage muss also nicht die Euro-Zone sein. „Wenn Europa sich retten und in der globalen Welt wesentliche Rolle spielen soll – behauptet Smolar – , muss die Integration ihrer Mitglieder beschleunigen, die dazu fähig sind“. Zu den letztgenannten – zu den tiefen Veränderungen – fordern viele proeuropäischen Kommentatoren oder Intellektuellen auf, u.a. die mehrmals zitierten drei deutschen Autoren. Nun möchte ich an dieser Stellen den zweiten von Ihnen formulierten Satz, den ich am Anfang zitiert habe, in Erinnerung rufen: „Der Verzicht auf die europäische Einigung wäre auch ein Abschied von der Weltgeschichte“. Es bedeutete also nicht nur einen wirtschaftlichen Rückgang, und dieser wäre in der Tat sehr groß. Die Kosten für die Demontage der Euro-Zone sind schwer zu schätzen. Das wäre vielleicht das Ende des Einflusses von Europa auf die Welt. Europa wurde schon vor fast 100 Jahren durch den Ersten Weltkrieg in seinem Einfluss erschüttert. Der nächste Krieg brachte die Teilung Europas und seine Unterordnung in seinen vielen Gebieten der Hegemonie von außereuropäischen Mächten. Die Integration gab die Chance für die Wiederherstellung der Bedeutung Europas, aber nicht der Hegemonie nach dem Verständnis des 19. Jahrhunderts. Europa sollte nun ein Modell eines demokratischen und bürgerlichen Bündnisses sein, zum Promotor von Werten werden, auf der sie – wie sie es selber verlautete – bebaut wurde. Damit es dazu kommt, muss sich Europa selber daran erinnern, wie es entstanden ist. Es müssen sich daran seine Bürger erinnern – Menschen von unterschiedlichen Nationen, Sprachen,

Religionen. Der grundlegende Zusammenhang zwischen den politischen Konzeptionen und der heutigen Krise liegt also auf der Hand. Ihre Wurzel stecken in der vor Jahren übernommenen Konzeption – des Primats einer schnell vorschreitenden wirtschaftlichen Integration verbunden mit dem heute ineffizienten Modell der europäischen Politikausübung. Die Quellen zur Bewältigung der Krise liegen auch in der politischen Konzeption – Europa muss sich gewissermaßen politisch neu erfinden.

Sehr geehrte Damen und Herren,

an dieser Stelle ist es Zeit, den zweiten Teil meines Vortrages anzusprechen. Hat das Weimarer Dreieck eine Zukunft? Seine Vergangenheit ist verhältnismäßig lang. Es entstand vor 21 Jahren und war für Polen ein nützliches und ersehntes Signal nicht nur für das Streben Warschaus nach der Welt der westlichen Demokratien, aber es war ein erstes Zeichen für die Zugehörigkeit zu ihr in Form von verhältnismäßig prestigeeartigen Treffen zunächst der Außenminister, später der Staatsoberhäupter aus Deutschland und Frankreich. Jahre lang war das Dreieck ein Forum zur Unterstützung des EU- und NATO-Beitritt Polens und der anderen Länder Ostmitteleuropas. Generell gesehen ist jedoch das Urteil über seine Effizienz sehr niedrig. Es gibt dafür mehrere Gründe: ungleichmäßige Engagement und der Wille zur Verleihung an Bedeutung diesem Gremium vonseiten der an ihm teilnehmenden Staaten, das Problem der Übereinstimmung dieser Art von Struktur mit dem System der Entscheidungsfindung in der EU, schließlich Mangel an breiterem Programm, eines Arbeitsplanes für dieses Gremium. Über die Schwäche des Dreiecks, de facto seiner Überflüssigkeit, können folgende Fakten überzeugen, wie seine völlige

Unbrauchbarkeit bei der ersten Störung der Beziehungen zwischen den beteiligten Staaten (Irak-Krieg, frühere Reformen der EU udgl.), lange Pausen beim Treffen auf höchster Ebene zur Zeit der wichtigen Entscheidungen auf der europäischen Bühne.

Trotzdem haben wir im Fall des Weimarer Dreiecks mit einem Forum zu tun, das auf gewisse Erfolge zurückblicken kann und Erfahrungen gesammelt hat. Man kann also feststellen, dass seine Zukunft noch nicht entschieden ist. Die jetzige Krise, wie es scheint, kann die Existenz des Weimarer Dreiecks auf doppelte Weise beeinflussen. Erstens, im Fall der Niederlage der europäischen Politik und der Rückzugs der Staaten zu den traditionellen Wegen der nationalen Außenpolitik, nimmt seine Bedeutung noch drastisch ab. In der Zeit der Suche nach möglichen Ersparnissen scheint die Streichung der Mittel für die Finanzierung des Dreiecks keine rigorose Vorgehensweise. Die Schwäche des Dreiecks ist darüber hinaus praktisch unbestimmter Stand der französisch-polnischen Beziehungen. Die Grundlage für die effektive Tätigkeit der Partnergruppe bildet eine gewisse Interessengemeinschaft. Wie sieht sie im Falle Polens und Frankreichs aus? Welchen Zielen sollte aus Sicht Paris das Dreieck dienen? Was möchte Warschau mithilfe Paris erreichen? Wozu braucht Paris die Unterstützung Warschaus? Vielleicht im Falle der durch Europa unternommenen tiefgehenden Reformen kann das Dreieck auf dem politischen europäischen Himmel mit neuem Glanz überraschen? Das wäre die zweite Möglichkeit, aber es muss klar sein, dass sie keine klare ist. Vieles hängt davon ab, welche Gestalt diese Reformen annehmen, mit welchen Konzeptionen die Deutschen auftreten, und mit welchen Frankreich, und wir wird auf sie Polen reagieren. Die sprichwörtliche gute deutsch-französische Beziehungen wurde auf eine Probe gestellt. Das

Weimarer Dreieck gehört nicht zur gleichseitigen Dreieck; die Mitglieder unterscheiden sich in Potenzial und ihrer politischen Konzeptionen stark voneinander. Zur Zeit der Krise, deren gemeinsames Symbol Euro ist, kann sich für Polen die Verwendung der nationalen Valuta als Nachteilig erweisen. Die Reform kann die Vertiefung der EURO-Zone betreffen (egal, ob mit oder ohne den südeuropäischen Staaten). Die Bedeutung Polen wird in diesem Fall abnehmen. Für Warschau ist das kein gutes Szenario. Das Projekt der Rettung des EURO kann jedoch nicht die einzige Lösung sein. Vielleicht werden wir Zeugen einer Selbstermächtigung der europäischen Politik, zu der drei deutsche Autoren, Habermas/Nida-Rümelin/Bofinger aufgerufen haben und der Entstehung einer breiteren Konzeption, eines großen politischen Programms zur Bau der europäischen Gemeinschaft in Übereinstimmung mit den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Das Weimarer Dreieck bekommt auf diese Weise ein neues Leben, vorausgesetzt, alle drei an ihm beteiligten Staaten bekunden gleiches Interesse für gemeinsame Zusammenarbeit. Alles deutet darauf hin, dass Polen entsprechende Signale schickt, ohne Berlin und Paris kann die Realisierung dieses Plans kaum zu denken sein. Das Dreieck könnte zum wirklichen Motor der Veränderungen werden, zum Motor eines europäischen Autos, um die journalistischen Gleichnisse zu benutzen. Sicherlich ist das ein polnischer Traum. Es würde die Zugehörigkeit Polens zum Klub der führenden europäischen Spieler bestätigen. Allerdings braucht man dazu erstens die Ausarbeitung eines solche breit angelegten politischen Programms, zweitens aktive Beteiligung Polens an diesem Werk, und drittens Anerkennung durch westliche Partner, dass sie zur schnelleren und wirkungsfolgen Reparatur eben Polen als eines großen Landes und eines Regionalleaders brauchen. Wenn diese Begleitumstände eintreten würden, würde mit Inhalt nicht nur deutsch-

polnische, sondern auch polnisch-französische Interessengemeinschaft erfüllt. „Wir alle fahren auf selben Wagen und im Fall der Fälle werden wir euch helfen, zusammenzufahren“ – versicherte Außenminister Sikorski in Berlin Ende August dieses Jahres. Es ist sicherlich eine wichtige Versicherung, aber es ist immer noch wenig trotz unterschiedlichen Bemühungen unseres Ministers um zu sagen, dass Polen an der europäischen Debatte aktiv und inhaltsreich teilnimmt. Von dem Charakter und Inhalt dieser Stimme wird die Zukunft des Weimarer Dreiecks abhängen, obschon angesichts der Probleme des ganzen Europas das das kleinste Problem ist. Allerdings wäre es schade, wenn das Dreieck das Schicksal eines anderen mit dem Adjektiv „Weimarer“ versehenen Gebildes, der Weimarer Republik teilen würde und zum Synonym der vergeudeteten Hoffnungen und Niederlage würde.